

Teamwork & Erneuerung



Positionen zur
Bundestagswahl 2025



VdDD
Verband diakonischer Dienstgeber
in Deutschland



21. Januar 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

in jedem Krankenhaus und jedem Pflegeheim arbeiten Menschen verschiedener Kulturen, Generationen und Orientierungen zusammen. Stimmen wir Ende Februar für Parteien, die auch gesamtgesellschaftlich auf **Teamwork** setzen – statt Gruppen gegeneinander auszuspielen. Der Zusammenhalt ist entscheidend, denn unser Sozialstaat steht vor großen Aufgaben und wir haben viel zu tun.

Hunderttausende Menschen aus dem In- und Ausland sind neu für soziale Berufe zu gewinnen, um die Versorgung zu sichern. Wir brauchen leichtere Einstiege, flexiblere Vorgaben und weniger Bürokratie. Ergänzend eröffnen Technologien wie KI und Robotik große Chancen und sind verantwortungsvoll in den Dienst des Menschen zu stellen. Eine weitere Runderneuerung ist mit der Umstellung auf nachhaltige und emissionsarme soziale Dienste im Gang – und dringend notwendig.

Die gute Nachricht: Deutschland hat eine starke Zivilgesellschaft, eine große Trägervielfalt und einen einmaligen Dritten Sektor zwischen Markt und Staat. Diese Stärken unseres Gemein- und Sozialwesens gilt es zu bewahren und neu zu entfalten.

Herzlichst, Ihr

Dr. Ingo Habenicht, VdDD-Vorstandsvorsitzender
Evangelisches Johanneswerk

VdDD-Positionen zur Bundestagswahl 2025

- ✓ [Neue Mitarbeitende](#) (S. 4)
- ✓ [Sozialsysteme erneuern](#) (S. 7)
- ✓ [Nachhaltig & digital](#) (S. 9)
- ✓ [Füreinander einstehen](#) (S. 11)
- ✓ [Kraft der Zivilgesellschaft nutzen](#) (S. 13)

Über uns

Der **Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland e.V. (VdDD)** vertritt als diakonischer Bundesverband die Interessen von 200 Mitgliedsunternehmen und Regionalverbänden mit rund 570.000 Beschäftigten. Schwerpunkte der Verbandsarbeit sind die Weiterentwicklung des kirchlich-diakonischen Tarif- und Arbeitsrechts, Themen aus Personalwirtschaft und -management sowie die unternehmerische Interessenvertretung. Mehr unter: v3d.de

Neue Mitarbeitende

- **Leichtere Einstiege**
- **Konsequente Willkommenskultur**

Der Personalmangel ist eine der drängendsten Herausforderungen des Gesundheits- und Sozialwesens. Wir müssen das Potenzial an neuen Mitarbeitenden aus dem In- und Ausland, aus anderen Branchen und aus der „stillen Reserve“ voll ausschöpfen. Essenziell ist zudem die nachhaltige Personalbindung. Dafür braucht es **mutige Reformen** bei den Sozial- und Gesundheitsberufen, eine konsequente Willkommenskultur, weniger Einstiegshürden und ein flexibleres Arbeitsrecht. Das Image sozialer Berufe ist zu stärken.

Eine **Arbeitskräftestrategie** für das Gesundheits- und Sozialwesen sollte konkret:

- ✓ das **Arbeitsrecht modernisieren**. Zu ermöglichen sind passgenaue Arbeitszeitmodelle im Schichtdienst sowie ein besseres Dienstplan- und Ausfallmanagement in den Einrichtungen. Beides steigert die Attraktivität von Sozial- und Gesundheitsberufen. Hierfür sind insbesondere Höchstarbeitszeit und Ruhezeit im Arbeitszeitgesetz praxisgerecht anzupassen und die Arbeitnehmerüberlassung zwischen Sozialunternehmen und innerhalb von Konzernverbänden zu vereinfachen. →

„Individuelle Arbeitszeitmodelle und ein gutes Dienstplanmanagement machen soziale Arbeit im Schichtdienst attraktiver. Gesundheits- und Sozialunternehmen brauchen hierfür mehr Gestaltungsspielraum. Das Arbeitsrecht ist zu modernisieren, insbesondere die Vorgaben zur Arbeitszeit.“



Dr. Gundula Griebmann, VdDD-Vorständin
Evangelisches Diakonissenhaus Teltow



- ✓ den **Berufseinstieg** für Auszubildende und Arbeitskräfte **aus dem Ausland** und für **geflüchtete Menschen** erleichtern. Wir brauchen beschleunigte, einheitlichere Aufenthalts- und Anerkennungsverfahren. Es sind Möglichkeiten zu eröffnen, gegebenenfalls über den Neueinstieg in eine Berufstätigkeit einen Aufenthaltsstatus zu erwerben (erweiterter Spurwechsel). Das betriebliche Integrationsmanagement und die Sprachförderung brauchen eine geeignete Refinanzierung.
- ✓ das Gesundheits- und Sozialwesen für weitere **Berufe** und **Qualifikationen** öffnen. Die Personalvorgaben sind weiterzuentwickeln, um eine breitere Palette an Berufsbildern und Qualifikationsniveaus zu erschließen (Qualifikations-Mix horizontal und vertikal ausdifferenzieren). Für **Quereinsteige** aus Branchen, in denen absehbar Arbeitsplätze wegfallen, braucht es ein gezieltes Umschulungsangebot.



„Ohne neue Mitarbeitende aus dem Ausland ist die Versorgung mit sozialen Diensten in Deutschland nicht zu sichern. Die Politik muss alle Register ziehen. Wir brauchen eine echte Willkommenskultur, schnelle Aufenthalts- und Anerkennungsverfahren, Sprachförderung und Integrationsmanagement.“

Frank Stefan, VdDD-Vorstand
Diakonie Kork

- ✓ für den Qualifikations-Mix, insbesondere in der pädagogischen Arbeit, eine **wissenschaftliche Grundlage** schaffen (analog zur Pflege).
- ✓ **Reformen** konsequent zu Ende führen, insbesondere die Neugestaltung der Pflegeausbildung, der Pflegekompetenz sowie der Heilerziehungspflegeausbildung und -anerkennung.

"Viele Branchen erleben Strukturwandel und Arbeitsplatzabbau. Die Politik sollte Menschen systematisch den Neuanfang in sozialen Berufen ermöglichen, wo sie dringend gebraucht werden. Dazu gehört auch, das Gesundheits- und Sozialwesen für weitere Berufe und Qualifikationen zu öffnen."

Christoph Dürdoth, VdDD-Vorstand
Johannesstift Diakonie



Sozialsysteme erneuern

- **mehr Pragmatismus**
- **mehr Effizienz**
- **weniger Bürokratie**

Die Sozialsysteme brauchen eine durchdachte und nachhaltige Weiterentwicklung – sie müssen „smarter“ werden. Unnötige Bürokratie- und Verwaltungsausgaben sind systematisch zu erfassen und abzubauen. Hinderliche Versäulungen, die zu Über- und Unterversorgungen sowie zur Verschwendung von Ressourcen führen, sind zu überwinden. Leitend sollte der Gedanke sein, Leistungen konsequent an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten.

Folgendes sollte der neue Bundestag angehen:

- ✓ Die Sozialgesetzbücher (SGB) sind einem breiten **Bürokratie- und Praxis-Check** zu unterziehen. Es gilt, Ineffizienzen und Überregulierungen abzubauen.
- ✓ Zu einer grundlegenden Vereinfachung zählt eine **Neuziehung** der sogenannten **SGB-Grenzen**. Die Schubladenlogik der SGB hat sich überholt. Aufzuheben ist insbesondere die strukturelle Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung. Gefragt sind am Bedarf orientierte individuelle Hilfe-Settings.
- ✓ Allgemeine **Dokumentations- und Berichterstattungspflichten** sind zeitnah und pragmatisch auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Dies beinhaltet auch Engagement für weniger regulatorische Vorgaben auf EU-Ebene. Eine Übererfüllung von EU-Richtlinien (sogenanntes Gold-Plating) ist zu vermeiden.

- ✓ Ein Schlüssel für die künftige Versorgung mit sozialen Diensten sind **Quartierskonzepte**. Diese gilt es zu fördern, damit sie flächendeckend entwickelt und etabliert werden können. So kann das Potenzial an Solidarität im Sozialraum gehoben werden.
- ✓ Aus erfolgreichen Ansätzen der **Nachbarstaaten** sollte systematisch gelernt werden. Zum Beispiel zeigt die Schweiz, wie eine geringere Regulierungsdichte in der Pflege zu besseren Ergebnissen führt.



„Schnell, schlank, digital – Verwaltungsprozesse in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft können effizient und einfach sein. Erster Schritt: ein breiter Bürokratie- und Praxis-Check der Sozialgesetzgebung.“

Mandy Köhler, VdDD-Vorständin
Diakonie St. Martin

„Hilfe soll dem Menschen gerecht werden – nicht der Schubladenlogik der Sozialgesetzbücher. Zur Erneuerung der Sozialsysteme muss es gehören, Versäulungen aufzubrechen, insbesondere zwischen ambulant und stationär. Wir brauchen innovative und bedarfsgerechte Hilfe-Settings.“



Verena Hölken, VdDD-Vorständin
Evangelische Stiftung Hephata

Nachhaltig & digital

- **Innovationspotenziale heben statt verschenken**

Das Gesundheits- und Sozialwesen muss sich tiefgreifend erneuern. Zum einen sind auch soziale Dienste nachhaltiger und **klimaneutral** zu erbringen. Zum anderen eröffnen die **Digitalisierung** und Technologien wie KI die große Chance, Menschen besser zu unterstützen und Prozesse effizienter zu gestalten. Der neue Bundestag sollte die Weichen konsequent auf Innovation stellen, diese refinanzieren und Hemmnisse abbauen.

Zu entwickeln ist:

- ✓ eine **Nachhaltigkeitsstrategie** für das Gesundheits- und Sozialwesen. Die nationalen Klimaziele müssen auf den Gesundheits- und Sozialsektor heruntergebrochen und für alle Beteiligten verbindlich gemacht werden. Das Ziel der Nachhaltigkeit ist in den Sozialgesetzbüchern zu verankern (oder der Wirtschaftlichkeitsbegriff weiterzuentwickeln), um eine stabile Refinanzierung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen zu sichern. Wichtig sind klare politische Zuständigkeiten für die ökologische Transformation des Sektors, um das heutige Kompetenz-Wirrwarr zu beenden.



„Potenziale heben statt verschenken – der neue Bundestag muss nachhaltige und emissionsarme soziale Dienste systematisch ermöglichen. Die Transformation des Sektors braucht verbindliche und sozialrechtlich verankerte Ziele, klare politische Zuständigkeiten und Regelfinanzierung.“

Dr. Mathias Hartmann, VdDD-Vorstand
Diakoneo

- ✓ ein geeigneter Rahmen für die Gesundheits- und Sozialwirtschaft, um **neue Technologien** im Sinne besserer und effizienterer Leistungen zu erproben und einzuführen. Soziale Einrichtungen brauchen Innovations- und Digitalisierungsbudgets.
- ✓ eine adäquate Regelfinanzierung **digitaler Investitions-** und **Betriebskosten**, insbesondere in der Pflege und im Bereich der digitalen Teilhabe.
- ✓ eine **finanzielle Kompensation** für digitale Technologien, die dabei helfen, den absehbaren Zusatzbedarf an Personal zu lindern (zum Beispiel für den Bereich der Robotik).

„Neue Hilfen, neue Therapien, mehr Teilhabe – KI und Robotik können die Gesundheits- und Sozialwirtschaft revolutionieren. Die Politik muss Anreize für den verantwortungsvollen Einsatz schaffen – mit Innovationsbudgets und der Regelfinanzierung digitaler Investitions- und Betriebskosten.“



Dr. Simon Stark, VdDD-Vorstand
v. Bodelschwingsche Stiftungen Bethel

Füreinander einstehen

▪ Mehr Anerkennung, mehr Gemeinschaft

Eine verantwortungsvolle Politik erkennt die Erfahrungen, Leistungen und berechtigten Bedürfnisse aller an. Sie fördert das Miteinander, statt Gruppen gegeneinander auszuspielen.

Was den Zusammenhalt stärkt:

- ✓ ein klares Bekenntnis zu den **Werten des Grundgesetzes**, zu Menschenwürde, Inklusion und Teilhabe. Dazu gehört der Schutz unabhängiger Institutionen, demokratischer Prozesse und gemeinnütziger Akteure, auch vor parteipolitisch motivierten Eingriffen.
- ✓ eine generationengerechte **Rentenpolitik**, die Altersarmut verhindert und die Jüngeren nicht überlastet.



„Die neue Regierung muss sich nicht nur um die klassische politische Agenda kümmern. Vielmehr steht der Zusammenhalt unserer Gesellschaft im Fokus. Damit meine ich die Werte des Grundgesetzes: Menschenwürde, Vielfalt, Inklusion und Teilhabe sind von entscheidender Bedeutung.“

Constance von Struensee, VdDD-Vorständin
Agaplesion

- ✓ eine **Schuldenpolitik**, die Spielräume für echte Zukunftsinvestitionen bietet und zugleich staatliche Konsum-Ausgaben zu Lasten späterer Generationen verhindert, damit die neuen Schulden von heute nicht zu den Sozialkürzungen von morgen werden.
- ✓ ein **sozialer Pflichtdienst**, bei dem sich junge Menschen für das Gemeinwohl einsetzen - zum Beispiel in Kitas, Pflegeheimen und Vereinen. Der Dienst für andere kann sinnstiftend sein und in unserer vielfältigen Gesellschaft verbindend wirken.



„Ich wünsche mir eine Gesellschaft, die in ihrer ganzen Vielfalt füreinander einsteht. Ein sozialer Pflichtdienst würde dazu beitragen. Kitas, Pflegeheime und Vereine können die Hilfe dringend brauchen – und für junge Menschen kann der Dienst eine wertvolle Erfahrung sein.“

Johanne Hannemann, VdDD-Vorständin
Diakonie Nord Nord Ost in Holstein

Kraft der Zivilgesellschaft nutzen

- **Vielfalt sichern**
- **Gemeinnützigkeit fördern**

Das Subsidiaritätsprinzip ermöglicht es nicht-staatlichen, gemeinnützigen Trägern wichtige Dienste zu erbringen, von der Kitabetreuung bis zur Krankenhausversorgung. Der Dritte Sektor mobilisiert zudem Selbsthilfe, gesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement. So sind hilfebedürftige Menschen nicht allein auf staatliche oder gewinnorientierte Dienste angewiesen, sondern können zwischen kulturell und religiös vielfältigen Angeboten wählen.

Zur Stärkung des Dritten Sektors gehört:

- ✓ Die tragende Rolle **der gemeinnützigen Unternehmen** und die Trägervielfalt in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft sind anzuerkennen und zu fördern. Weder eine stärkere Verstaatlichung noch eine stärkere Privatisierung geben geeignete Antworten auf die künftigen Herausforderungen.
- ✓ Das **christliche Profil** und das **kirchliche Selbstbestimmungsrecht** sind zu achten. In der Diakonie führt das kirchliche Arbeitsrecht zu attraktiven Arbeitsbedingungen, einer hohen Tarifbindung und einer starken betrieblichen Mitbestimmung. Die verbindliche Schlichtung bei Konflikten um Arbeitsbedingungen garantiert eine hohe Verlässlichkeit diakonischer Dienste im Sinne der Unterstützungs- und Hilfebedürftigen.

- ✓ Der **faire Wettbewerb** unter den Anbietern sozialer Leistungen ist so auszugestalten, dass die Qualität der Leistung gefördert wird.
- ✓ Das **EU-Wettbewerbsrecht** ist so an die Erfordernisse des Dritten Sektors anzupassen, dass gemeinwohlorientierte Sozialunternehmen nicht behindert werden.



„Subsidiarität ist ein zentrales Element unserer Demokratie und eine Grundstruktur des modernen deutschen Staates. Sie stärkt Teilhabe, Vielfalt und Selbstwirksamkeit: Alles, was vor Ort durch vielfältige Träger und Strukturen geregelt und organisiert werden kann, soll auch dort geschehen.“

Dr. Edda Weise, VdDD-Vorständin
Evangelische Diakoniestiftung Herford

„Von der Kita bis zur Krankenpflege: Die Kirchen bieten für Millionen von Menschen wichtige soziale Dienste. Ihr christliches Profil und Selbstbestimmungsrecht ist zu achten. In der Diakonie sorgen die kirchlichen Regelungen für attraktive Arbeitsbedingungen und eine starke Mitbestimmung.“

Hubertus Jaeger, stv. VdDD-Vorstandsvorsitzender
Deutscher Gemeinschafts-Diakonieverband Stiftung



VdDD-Vorstand

Hans-Peter Daub

Dachstiftung Diakonie
Gifhorn

Christoph Dürdoth

Johannesstift Diakonie
Berlin

Dr. Gundula Grießmann

Evangelisches Diakonissenhaus
Berlin Teltow Lehnin
Teltow

Dr. Ingo Habenicht

Vorstandsvorsitzender
Evangelisches Johanneswerk
Bielefeld

Johanne Hannemann

Diakonie Nord Nord Ost in Holstein
Lübeck

Dr. Mathias Hartmann

Diakoneo
Neuendettelsau

Verena Hölken

Evangelische Stiftung Hephata
Mönchengladbach

Hubertus Jaeger

Stellv. Vorstandsvorsitzender
Deutscher Gemeinschafts-Diakonieverband Stiftung
Marburg

Mandy Köhler

Diakonie St. Martin
Rothenburg/Oberlausitz

Dietmar Prexl

Diakonie Stetten
Kernen-Stetten

Bernhard Schneider

Evangelische Heimstiftung
Stuttgart

Dr. Simon Stark

v. Bodelschwingsche Stiftungen Bethel
Bielefeld

Frank Stefan

Diakonie Kork
Kehl-Kork

Constance von Struensee

Agaplesion
Frankfurt am Main

Dr. Edda Weise

Evangelische Diakoniestiftung Herford
Herford

VdDD-Geschäftsführung



Dr. Max Mälzer
Hauptgeschäftsführer



Rolf Baumann
Stv. Geschäftsführer,
Bereichsleiter
Ökonomie

Fragen? Feedback?

Sprechen Sie uns gerne an ...

**Verband diakonischer Dienstgeber
in Deutschland e.V.**

030 | 88 47 170 - 0
kontakt@v3d.de

[Webseite: v3d.de](http://www.v3d.de)
[LinkedIn](#)

Pressekontakte



Tobias B. Ottmar
Referent für
Öffentlichkeitsarbeit
und Verbandskommunikation
030 | 88 47 170 - 13
tobias.ottmar@v3d.de



Alexander Wragge
Referent für
digitale Kommunikation
und politische Netzwerkarbeit
030 | 88 47 170 - 17
alexander.wragge@v3d.de

Impressum

VdDD-Positionen zur Bundestagswahl 2025

Stand: 21.01.2025

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Max Mälzer

Redaktion & Layout: Alexander Wragge

Herausgeber:

Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland e.V.

Invalidenstraße 29

10115 Berlin

030 / 88 47 170 - 0

[kontakt\(at\)v3d.de](mailto:kontakt(at)v3d.de)

v3d.de

[LinkedIn](#)

... hier finden Sie unsere Positionen & Zitate
auf unserer [Webseite](#) & [LinkedIn](#)

